



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, den 30.10.2023-15

VBE-Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer zur Antisemitismus-Debatte:

„Antisemitismus und Israel-Hass mit vereinten Kräften bekämpfen!“

-Schulen dürfen nicht zum Schauplatz von jüdenfeindlichen Auseinandersetzungen werden-

„Der Nahostkonflikt mit schrecklichem Terror und gnadenlosem Bombenkrieg geht auch an den Schulen nicht spurlos vorbei. Tägliche Demos mit Hassparolen und antisemitischen Flugblättern schüren ein Klima der Angst und Verunsicherung gerade bei den jüdischen Mitbürgern. Schulen dürfen nicht zu Orten antisemitischer Gewalt werden“, so Meyer zu der aktuellen Diskussion.

Das Kultusministerium sieht keine Versäumnisse, denn es gebe genug Material für Schulen zur Demokratiebildung und Programme und Fortbildungen zum Thema „Antisemitismus“. An gutem Unterrichtsmaterial mangelt es sicher nicht. Dennoch sieht Bundesfamilienministerin Lisa Paus, dass es „bei den Lehrerinnen und Lehrern eine große Überforderung gebe, die Geschehnisse rund um den Nahost-Konflikt aufzuarbeiten“.

Meyer weiter: „Unsere Kolleginnen und Kollegen tun schon jetzt alles, um antisemitische Äußerungen und verbale Angriffe im Schulumfeld konsequent zu unterbinden und aufzuklären. Dennoch wird nach Meinung von Islamwissenschaftlern in den Schulen zu wenig über den Nahostkonflikt gesprochen. Hinweise von Lehrkräften, mehr gegen antisemitische Tendenzen zu tun, werden von der Schulbehörde nicht ernst genommen.“

Trotz jahrelanger Forderungen von Gewerkschaften gibt es immer noch keinen bundesweiten Definitionsrahmen in der Frage, was ein antisemitischer Vorfall ist, keine einheitliche Meldepflicht für Vorfälle in den Schulen und kaum Beratungsstellen für Betroffene antisemitischer Gewalt.

Der VBE geht von einer hohen Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle aus, weil sich Betroffene nicht trauen, sie zu melden. Studien zeigen, dass Lehrkräfte weder in der Aus-, noch in Fortbildungen angemessen darin geschult werden, derartige Vorkommnisse rechtzeitig zu erkennen und sensibel zu begleiten.

Meyer abschließend: „Wir müssen im Umgang mit dem Thema neu denken. Eine Stunde Geschichte oder Politik pro Woche reichen einfach nicht aus. Der Besuch von Gedenkstätten etwa muss zum Pflichtprogramm für Schulen werden. Und: Antisemitismus muss an der Stelle thematisiert und dort bekämpft werden, wo er auftritt. Schließlich kommt es nicht nur im Unterricht, sondern auch auf dem Schulhof, in der Sporthalle und im schulischen Umfeld zu derartigen Vorfällen.“